

Das Superwahljahr 2009 in Indonesien (ausführliche Version)

Von Winfried Weck und Britta Gutschmidt

Indonesien hat mit großem Erfolg die Herausforderungen des Superwahljahres 2009 bewältigt. Bereits am 9. April fanden die Wahlen zum nationalen Parlament (DPR-RI), zur Regionenkammer (DPD), zu den 33 Provinzparlamenten und zu den Parlamenten der 471 kommunaler Gebietskörperschaften statt. Den allgemeinen Parlamentswahlen folgten am 8. Juli die Präsidentschaftswahlen, die Amtsinhaber Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) schon im ersten Wahlgang einen klaren Sieg bescherten. Der logistische Aufwand insbesondere für die allgemeinen Parlamentswahlen sucht seinesgleichen: 171 Millionen Wähler auf 6099 Inseln sollten auf insgesamt 686 Millionen zum Teil zeitungsformatigen Wahlzetteln über 350.000 Kandidaten für die verschiedenen Parlamente entscheiden.

Nach 1999 und 2004 wurden in diesem Jahr zum dritten Mal in der Geschichte der jungen Demokratie Indonesiens, die 1998 mit dem Sturz des Suharto-Regimes begann, allgemeine Parlamentswahlen sowie nach 2004 die zweiten direkten Präsidentschaftswahlen abgehalten. Die demokratische Neugestaltung des flächen- wie auch bevölkerungsbezogen größten Landes in Südostasien ist jedoch nur ein Aspekt der sogenannten *reformasi*. Neben einer konsequenten Dezentralisierung des einst straff von Jakarta aus verwalteten Landes ist in den letzten elf Jahren vor allem die Entwicklung einer regen organisierten Zivilgesellschaft und eines recht bunten und vielfältigen Parteienspektrums zu beobachten. Heute ist Indonesien eine präsidentiale Demokratie mit einer starken parlamentarischen Komponente. Nicht nur der Staatspräsident, sondern auch die Gouverneure der 33 Provinzen sowie die Bürgermeister und Landräte der 471 kommunalen Gebietskörperschaften werden nach US-Muster direkt und zusammen mit einem Kandidaten für das Amt des Stellvertreters auf 5 Jahre gewählt. Dabei fallen seit 2004 die allgemeinen Parlamentswahlen - also die Wahlen zum nationalen wie auch zu den Provinz-, Stadt- und Landkreisparkamenten - mit den Präsidentschaftswahlen zusammen. Die Gouverneurswahlen sowie die Wahlen der Bürgermeister und Landräte finden zu anderen Zeitpunkten über die gesamte Wahlperiode hinweg statt.

DIE ALLGEMEINEN PARLAMENTSWAHLEN VOM 9. APRIL 2009

Die national-liberale Demokratische Partei (*Partai Demokrat*, PD) von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) ist als Überraschungssieger aus den indonesischen Parlamentswahlen am 9. April 2009 hervorgegangen. Allgemein wurde zwar schon aufgrund des Amtsbonus' ein deutlich besseres Ergebnis für die PD erwartet. Dass sie gegenüber 2004 ihren Stimmenanteil jedoch fast verdreifachen (von 7,5 auf 20,85 Prozent) und mit deutlichem Abstand als stärkste Partei ins Parlament eingeziehen konnte, ist die eigentliche Sensation der Parlamentswahlen. Die bei den letzten Wahlen noch führende Golkar-Partei von Vize-Präsident Jusuf Kalla brach stark von 21,6 auf 14,45 Prozent ein und erzielte nur noch das zweitbeste Ergebnis. Auch die im Jahr 2004 zweitplazierte PDI-P von Ex-Präsidentin Megawati Sukarnoputri büßte Stimmen ein und wurde mit 14,03 Prozent drittstärkste Partei. Der Stimmenanteil

der vier islamischen Parteien, die erneut ins Parlament einzogen, ging von insgesamt 37,4 auf 24,15 Prozent zurück.

Der Wahlkampf war vor allem durch Personen und die am 8. Juli 2009 stattfindenden Präsidentschaftswahlen geprägt: Grund hierfür ist, dass nach dem neuen Wahlgesetz alle Parteien und Parteienkoalitionen für die Nominierung eines Präsidentschaftskandidaten mindestens 25 Prozent der gültigen Stimmen oder 20 Prozent der Parlamentssitze benötigen. Sachthemen wie die Folgen der globalen Finanzkrise traten dagegen in den Hintergrund. Behindert wurde die relativ friedlich verlaufene Wahl vor allem durch organisatorische und logistische Probleme: Durch fehlerhafte Wählerliste waren etwa 10 Millionen Wähler nicht zur Stimmabgabe zugelassen. In einigen Bezirken wurden drüber hinaus falsche Wahlzettel geliefert, so dass dort nur die Parteien, nicht jedoch einzelne Kandidaten gewählt werden konnten, weshalb das Verfassungsgericht für einige Bezirke in Papua und Nord-Sumatra eine Wiederholung der Wahlen anordnete. Hinzu kam, dass eine Änderung im Wahlmechanismus nicht ausreichend publik gemacht wurde, weshalb der Anteil der ungültigen Stimmen mit 14,4% ungewöhnlich hoch war.

DAS POLITISCHE SYSTEM DER REFORM-ÄRA

Nach dem erzwungenen Rücktritt von Präsident Suharto 1998 und dem Ende von 33 Jahren Diktatur hat die Republik Indonesien in den letzten elf Jahren einen erstaunlichen Wandel hin zu einem pluralistischen Mehrparteiendemokratie vollzogen. Mit der nach 1999 und 2004 dritten erfolgreich durchgeführten demokratischen Wahl nach Beginn der *reformasi* gilt das politische System nunmehr als gefestigt. In keinem anderen Staat Südostasiens sind Pressefreiheit und Zivilgesellschaft zudem so weit entwickelt wie im Vielvölkerstaat Indonesien mit seinen 17.805 Inseln und mehr als 300 verschiedenen Ethnien.

Das politische System Indonesiens entspricht im Wesentlichen dem einer Präsidentialrepublik in der - ähnlich den USA - Präsident und Vizepräsident seit 2004 als Team direkt vom Volk gewählt werden. Der Präsident bestimmt dann nach eigenem Ermessen die Zusammensetzung seines Kabinetts. Trotz dieser starken Stellung des Präsidenten als Staats- und Regierungschef benötigt er für Gesetzesvorhaben jedoch die Zustimmung des Nationalparlaments (*Dewan Perwakilan Rakyat*, DPR-RI), so dass der Amtsinhaber bemüht sei muss, eine möglichst breite Parteienkoalition hinter sich zu versammeln, um seine Politik durchsetzen zu können.

Für die Wahl der Parlamentsabgeordneten schreibt das neue Wahlgesetz ein Verhältniswahl-system nach deutschem Vorbild fest, in dem sich jede zugelassene Partei in jedem der 77 Wahlkreise mit eine Kandidatenliste zur Wahl stellen kann. Anders als in Deutschland können die Wähler mit ihrer Stimme jedoch einzelne Kandidaten auf diesen Parteienliste gezielt „nach vorne“ wählen, quasi als Ersatz für die fehlende Mehrheitswahlkomponente in dem Sinne, dass der Kandidat mit den meisten Stimmen in einem Wahlbezirk automatisch in das Nationalparlament einzieht. Scheitert seine Partei an der 2008 neu eingeführten 2,5%-Hürde, so gilt auch der eigentlich siegreiche Kandidat als nicht gewählt.

In logistischer und organisatorischer Hinsicht stand die mit der Durchführung der Abstimmung betraute Wahlkommission (*Komisi Pemilihan Umum*, KPU) vor einer nach deutschen Maßstäben gigantischen Herausforderung: Mehr als 171 Millionen Wähler waren aufgerufen, die 560 Sitze im Nationalparlament neu zu vergeben. Insgesamt bewarben sich mehr als 12.000 Kandidaten um den Einzug ins DPR-RI. Da zugleich auch Neuwahlen zur Regionenkammer mit 128 Sitzen, den 33 Provinzvertretungen sowie den 349 Distrikts- und 91 Stadtparlamenten stattfanden, standen insgesamt über 350.000 Kandidaten von 38 nationalen

sowie in der Provinz Aceh zusätzlich von sechs regionalen Parteien für 15.983 politische Mandate zur Wahl.

KLARER SIEG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI – ETABLIERTE GOLKAR UND PDI-P VERLIEREN

Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2008 zeichnete sich in den Umfragen ein deutlicher Vorsprung der PD von Präsident Susilo Bambang Yudhoyono ab, obwohl die erst 2001 gegründete Partei bei den letzten Parlamentswahlen 2004 nur 7,5 Prozent erzielt hatte. Golkar, die Partei des Anfang 2008 verstorbenen Diktators Suharto, und die nationalistische PDI-P von Megawati Sukarnoputri, der ehemaligen Präsidentin und Tochter des Staatsgründers Sukarno, die in den letzten beiden Parlamentswahlen noch weit vor den andere Parteien lagen, lieferten sich in den meisten Umfragen ein Kopf-an-Kopf-Rennen um den zweiten Platz. „Golkar und PDI-P können nicht mehr länger als die einzigen Parteien betrachtet werden, die eine Wahl gewinnen können, denn nun müssen wir auch die Demokratische Partei berücksichtigen“¹, kommentierte Saiful Mujani, geschäftsführender Direktor des *Indonesian Survey Institute* (LSI), den sich bereits Ende 2008 ankündigenden Wandel in der indonesischen Parteienlandschaft.

Insgesamt schafften neun Parteien den Sprung über die neue 2,5%-Hürde und damit den Einzug ins Nationalparlament (amtliches Endergebnis der Parlamentswahlen 2009):

	2009	Sitze	2004	Sitze	1999	Sitze
PD	20,85 %	148	7,45 %	55	---	---
Golkar	14,45 %	106	21,58 %	128	22,44 %	120
PDI-P	14,03 %	94	18,53 %	109	33,74 %	153
PKS* **	7,88 %	57	7,34 %	45	1,36 %	7
PAN*	6,01 %	46	6,44 %	53	7,12 %	34
PPP*	5,32 %	38	8,15 %	58	10,71 %	58
PKB*	4,94 %	28	10,57 %	52	12,61 %	51
Gerindra	4,46 %	26	---	---	---	---
Hanura	3,77 %	17	---	---	---	---

* islamische Parteien ** 1999 noch als PK

Einen wesentlichen Grund für die starken Verschiebungen in der Wählergunst stellt die geringe Parteibindung der Indonesier dar. Auch waren viele Leute enttäuscht von den etablierten Parteien, wovon vor allem die Newcomer PD, Gerindra und Hanura profitierten. Hinzu kommt, dass die meisten Parteien weniger auf einer ideologischen Basis beruhen, sondern vor allem als politische Vehikel einzelner Politiker dienen. Der Anteil der Wechselwähler ist in Indonesien nach Angaben von LSI aus diesem Grunde mit 45 Prozent vergleichsweise hoch. Die Wahlbeteiligung 2009 lag jedoch trotz der teils großen Entfernungen, die viele Wähler zur Stimmabgabe zurücklegen mussten, bei etwa 70 Prozent.

ZUSAMMENSETZUNG DES NEUEN PARLAMENTS

¹ Jakarta Post, 17. November 2008

Am 1. Oktober wurden beide Kammern des verfassungsgebenden Nationalen Rates MPR (das Parlament DPR-RI und die Regionenkammer DPD) feierlich inauguriert, indem alle Abgeordneten einen Amtseid leisteten, der vom Generalstaatsanwalt abgenommen wurde. 70 Prozent aller Parlamentarier (400 von 560) im DPR-RI sind Neulinge. Mit einem Frauenanteil von 18 Prozent (vorher 11 Prozent) sind 102 Frauen im Parlament vertreten – so viele wie nie zuvor. Der Bildungsstand im neuen Parlament ist – zumindest dem Papier nach – relativ hoch: 91 Prozent aller Abgeordneten haben ein Bachelor-Studium abgeschlossen. Die restlichen neun Prozent verfügen zumindest über ein einen Abschluss der *Senior High School* (vgl. 1999-2004: 16,6%; 2004-2009: 12,2%). Für europäische Verhältnisse erstaunlich ist der mit 46 Prozent sehr hohe Anteil von selbständigen Unternehmern. Der Anteil von Beamten dagegen beträgt nur 11 Prozent. Die Gruppe der Angestellte ist überhaupt nicht repräsentiert (zumindest hat kein Abgeordneter sich unter dieser Berufssparte wiedergefunden). Stattdessen sind - begünstigt durch das neue Wahlrecht, dass die Direktwahl einzelner Kandidaten innerhalb einer Parteiliste ermöglicht - 18 *celebrities* aus Funk, Film und Fernsehen ins Parlament eingezogen. Ihr hoher Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung hat sie teils weit besser abschneiden lassen als alteingesessene Politiker.

Die sechs staatlich anerkannten Religionen sind wie folgt im Parlament vertreten: Muslime 473 (84,5%), Protestanten 55 (9,8%), Katholiken 17 (3,0%), Hindus 10 (1,8%) und Buddhisten 5 Abgeordnete (0,9%). Das Parlament spiegelt damit ziemlich genau die religiösen Anteile der einzelnen Religionsgruppen an der indonesischen Bevölkerung wider. Die Muslime sind - verglichen mit ihrem Bevölkerungsanteil von 87,1 Prozent (202 von 232 Millionen) – zwar geringfügig unterrepräsentiert, was allerdings unter dem Gesichtspunkt des Minderheitenschutzes durchaus positiv zu werten ist.

WERBESCHLACHT TROTZ FINANZKRISE

Mit Beginn der offiziellen Wahlkampfphase am 12. Juli 2008 – also 9 Monate vor den Wahlen - hatten die Parteien einen intensiven Medien-Wahlkampf gestartet, der sich neben Unmenngen von Wahlplakaten vor allem auf das Fernsehen konzentrierte. „Dies sind die Auswirkungen einer stillen Revolution, aufgrund derer politische Parteien nicht mehr länger als hauptsächlicher Kanal zur Verbreitung von Informationen dienen. Diese Position ist vom Fernsehen übernommen worden“², kommentierte Dodi Ambardi, Senior Researcher des LSI, diese Entwicklung. Daneben gewann auch der Versand von SMS als billige Form der Wahlwerbung zusehends an Bedeutung. Dagegen schöpfen laut der *Indonesian Society for Civilized Elections* (ISCEL) nur drei Parteien – darunter die siegreiche PD – das volle Potential des Internets für ihren Wahlkampf aus, obwohl es in Indonesien bereits 25 Millionen Internetnutzer gibt.

Die globale Finanzkrise schmälerte jedoch die Wahlkampfbudgets der Parteien, da sich die Spender zurückhielten. Zudem hatten einige Parteien beträchtliche Teile ihres Vermögens durch Aktienanlagen verloren. Auch die Privatvermögen vieler Kandidaten, die ihren Wahlkampf meist komplett aus eigener Tasche bezahlen mussten, waren vom Verfall der Börsenkurse betroffen. So gab es vereinzelte Fälle von Kandidaten, die zur Finanzierung ihres Wahlkampfs fast ihr gesamtes Eigentum verkauften und sich hoch verschuldeten. Nicht wenige der nicht gewählten Kandidaten sind heute finanziell ruiniert. Siti Zuhro vom *Indonesian Institute of Science* (LIPI) vermutete daher vor der Wahl, dass dieses Mal besonders viele illegale Parteispenden fließen werden, mit denen sich Geschäftsleute hilfreiche politische Verbindungen erkaufen oder sich vor der Justiz schützen wollen: „Die politischen Parteien werden alle Gelder nehmen, die ihnen gegeben werden. Diese Geschäftsleute geben Bargeld in

² Jakarta Post, 18. Oktober 2008

Koffern statt das Geld über die Banken zu transferieren. Auf diesem Weg können sie ihre Spuren verwischen und die Parteien vermeiden eine Anklage wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz³. Das *Indonesian Forum for Budget Transparency* (Fitra) geht davon aus, dass auch Gelder vor allem aus den Budgets der Distrikts- und Regionalverwaltungen illegal in den Wahlkampf umgeleitet wurden⁴.

Nach den von den Parteien offiziell deklarierten Wahlkampfbudgets hat beispielsweise Gerindra 308 Mrd. IDR (22 Mio. Euro), die PD 234 Mrd. IDR (16,7 Mio Euro), die Golkar 143 Mrd. IDR (10,2 Mio. Euro) und die PDI-P angeblich sogar nur 7,3 Mrd. IDR (0,5 Mio. Euro) für ihre Kampagnen ausgegeben. Lokale Anti-Korruptions-Organisationen haben diese Zahlen als viel zu niedrig zurückgewiesen und beschuldigen die Parteien, sowohl die Summe der von ihnen akquirierten Spenden als auch ihre Ausgaben während der Kampagnenphase manipuliert zu haben. Nach Ansicht der Fitra stehen die von den Parteien angegebenen Zahlen in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Ausgaben für den aufwändigen Wahlkampf⁵.

PERSONENWAHLKAMPF IM VORFELD DER PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN

Sachthemen spielten im Wahlkampf eher eine Nebenrolle. Im Zentrum der Diskussionen standen stattdessen die möglichen Koalitionen und Kandidaten für die Präsidentschaftswahl am 8. Juli. Grund hierfür ist Art. 9 des 2008 verabschiedeten Präsidentschaftswahlgesetzes, wonach nur Parteien oder Parteienkoalitionen einen Kandidaten nominieren dürfen, die in den Parlamentswahlen mindestens 25 Prozent der gültigen Stimmen oder 20 Prozent der Mandate errungen haben. „99 Prozent aller politischen Diskussionen heute dreht sich um die Frage, wer nun wessen Vize-Präsidentschaftskandidat wird. Alles dreht sich darum, welche Koalitionen benötigt werden, um zu gewinnen, es gibt nichts über wirkliche Politik“⁶, bemerkte der australische Indonesien-Kenner Max Lane.

Von dieser engen Verbindung zwischen Parlaments- und Präsidentschaftswahl profitierte vor allem die PD, da ihr Gründer SBY, wie der amtierende Präsident Yudhoyono in Indonesien allgemein genannt wird, aufgrund seiner exzellenten Umfragewerte frühzeitig als Kandidat feststand. Nach Aussage von Saiful Mujani verdankte die PD den Anstieg ihrer Popularität nämlich vor allem der stark wachsenden Zustimmungsraten des Präsidenten von 45 Prozent im Juni auf 62 Prozent im November 2008. Parallel dazu zogen auch die Umfragewerte der völlig auf die Person SBY zugeschnittenen PD um 8 Prozentpunkte an: „Das Image der Partei, ihre Führung, die Politik der Regierung und eine massive Medienkampagne haben signifikanten Anteil an der Popularität der Partei“⁷. Ein wesentlicher Faktor war auch das Image des Präsidenten als Vorkämpfer gegen die grassierende Korruption: „SBYs Erklärung, das der Schwiegervater seines Sohns, Aulia Pohan, einer der Verdächtigen im [Bank Indonesia, BG] Bestechungsskandal ist und seine kürzliche Entscheidung, die Benzinpreise zu senken, sind die Hauptfaktoren für seine zunehmende Popularität“, erklärte Hasan Nasbi, Research Manager der Cirus Surveyors Group. „Die Festnahme von Aulia durch die Anti-Korruptions-Kommission hat auch die Popularität von SBY's Demokratischer Partei verbessert“⁸.

³ Jakarta Post, 24. November 2008

⁴ Jakarta Globe, 5. Januar 2009

⁵ Tempo Interactive, 26. April 2009

⁶ Tempo Magazin, 17-23 Februar 2009

⁷ Jakarta Globe, 5. Januar 2009

⁸ Jakarta Post, 1. Dezember 2008

IBU MEGA HAT IHRE LETZTE CHANCE AUF EIN POLITISCHES COMEBACK VERSPIELT

Auch die nationalistische PDI-P, die sich 1998 von der PDI – neben Golkar und PPP die dritte unter dem Suharto-Regime zugelassene Partei – abgespalten hat, bekam die enge Verzahnung von Parlaments- und Präsidentenwahlen zu spüren – allerdings in negativer Hinsicht. Denn ebenso wie die PD ist auch die PDI-P auf ihre Vorsitzende und Ex-Präsidentin Megawati Sukarnoputri zugeschnitten, die Tochter des Staatsgründers Sukarno. Die Amtszeit von Ibu Mega (Frau Mega) als indonesische Präsidentin (2001 – 2004) war für ihre Anhänger, die auf grundlegende Reformen gehofft hatten, jedoch eine herbe Enttäuschung. Auch in ihrer Rolle als Oppositionsführerin konnte sie den Wählern in den vergangenen fünf Jahren keine wirklichen Alternativen zur Politik der Regierung von SBY aufzeigen. In der Folge ist die PDI-P seit ihrem Wahlsieg 1999 mit 33,8 Prozent zunächst auf 18,5 im Jahr 2004 und nun auf 14,03 Prozent abgerutscht.

GOLKAR DURCH TAKTISCHE FEHLER UND INTERNE ZERWÜRFNISSE GESCHWÄCHT

Die bereits 1964 auf Betreiben von General Suharto gegründete Golkar ist aufgrund Ihrer Vergangenheit als politisches Vehikel des Diktators noch immer die mit 3,5 Mio. Mitgliedern größte und auch organisatorisch am breitesten aufgestellte Partei Indonesiens. Da jedoch Präsident Yudhoyono aus wahltaktischen Gründen nicht zu einem klaren Bekenntnis hinsichtlich einer erneuten Zusammenarbeit mit Golkar und ihrem Vorsitzenden, Vizepräsident Jusuf Kalla bereit war, entbrannte innerhalb der Golkar bereits Monate vor den Wahlen eine hitzige Diskussion über Aufstellung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten.

Diese Konstellation nutzten einige Gruppen und Personen innerhalb der Golkar, um in aller Öffentlichkeit alternative Kandidaten für das Amt des Präsidenten ins Spiel zu bringen. Zu den innerparteilichen Konkurrenten Kallas gehörten vor allem der frühere Golkar-Vorsitzende Akbar Tanjung, den Kalla 2004 nach seinem Wahlsieg an der Seite Yudhoyonos von der Spitze der Golkar verdrängt hatte, sowie der Sultan und Gouverneur von Yogyakarta, Hamengku Buwono X.. Durch das Vorpreschen seiner innerparteilichen Rivalen war der Erwartungsdruck sowohl unter den Golkar-Mitgliedern als auch in der Öffentlichkeit schließlich so groß, dass Kalla schließlich am 17. Februar 2009 seine Bereitschaft zu einer Kandidatur als Präsident erklärte und sich zwei Wochen nach der Parlamentswahl als Gegenkandidat zu SBY nominieren ließ⁹.

Die durch das lange Zögern Jusuf Kallas öffentlich gewordenen Zerwürfnisse innerhalb der Golkar kosteten die Partei nach Meinung von Analysten viel Sympathien und damit letztendlich Stimmen in der Bevölkerung. Auch der im Vergleich zu anderen Parteien späte Start der Golkar-Kampagne im Januar 2009 und die schlechten Umfragewerte des Vize-Präsidenten trugen nach Ansicht von Umar S. Bakkry, Direktor des Nationalen Umfrage-Instituts (LSN), zum Absturz der Partei von 21,6 auf 15,5 Prozent bei: „Anstatt Yudhoyonos Popularität zu schaden, hat die vermeintliche Schwäche der Wirtschaft die Popularität von Kalla und der Golkar-Partei beschädigt“¹⁰.

⁹ Ausführlichere Informationen über die Vorgänge innerhalb der Golkar finden sie weiter unten im Text im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen.

¹⁰ Jakarta Globe, 26. Dezember 2008

EHEMALIGE GENERÄLE PROFITIEREN VON DER UNZUFRIEDENHEIT VIELER WÄHLER

Die Schwäche der etablierten Parteien PDI-P und Golkar sowie die Unzufriedenheit vieler Wähler nutzten neben PD vor allem zwei neue nationalistische Parteien: Die Partei des Volksgewissens (Hanura) und die Partei Bewegung Gesamt-Indonesien (Gerindra). Hanura wurde Ende 2006 von General Wiranto, dem erfolglosen Präsidentschaftskandidaten der Golkar von 2004, als Reaktion auf die mangelnde Unterstützung durch seine Partei im Wahlkampf gegründet. Dem ehemaligen Oberbefehlshaber der indonesischen Armee wird von den Vereinten Nationen und Menschenrechtsorganisationen vorgeworfen, 1999 für die Vertreibung von 150.000 Flüchtlingen aus Osttimor und den Tod Tausender Menschen verantwortlich gewesen zu sein. Indonesien hat jedoch bisher Wirantos Auslieferung an Ost-Timor verweigert, wo dieser seit 2004 per Haftbefehl gesucht wird, so dass der ehemalige General bisher nicht rechtskräftig verurteilt wurde. Immerhin schaffte Hanura mit 3,77 Prozent beim ersten Anlauf den Einzug ins Parlament.

Die erst im Februar 2008 gegründete Gerindra ist ebenfalls das politische Vehikel eines ehemaligen Generals aus der Suharto-Ära. Prabowo Subianto, der als langjähriger Adjutant und zeitweise auch Schwiegersohn General Suhartos weiter enge Verbindungen zum noch immer sehr einflussreichen und vermögenden Suharto-Clan unterhält und lange zum Führungszirkel der Golkar zählte, wechselte Mitte 2008 als Präsidentschaftskandidat zu Gerindra, da er in seiner alten Partei keine Chancen auf eine Nominierung hatte. Wie Wiranto wird auch Prabowo beschuldigt, als Anführer der Spezialeinheit *Kopassus* in die Ermordung und Folterung von Anhängern der ost-timoresischen Unabhängigkeitsbewegung verwickelt gewesen zu sein. Zudem wurde er 1999 von einem indonesischen Ehren-Gericht wegen der Verschleppung, Folterung und Ermordung von Regimegegnern in den letzten Jahren der Suharto-Ära für schuldig befunden, ohne jedoch zu einer Haftstrafe verurteilt worden zu sein. Nach kurzem Exil im Nahen Osten, wo er ein erfolgreiches Geschäftsimperium aufbaute, ist Prabowo daher seit 2000 ein erfolgreiches politisches Comeback in Indonesien gelungen. Der Wahlkampf der Gerindra war zudem besonders drauf ausgerichtet, die Stimmen der „kleinen Leute“ zu gewinnen, die sich wenig für derartige Themen interessieren. Ihr gutes Wahlergebnis von 4,45 Prozent verdankt die Gerindra auch ihrer ausgefeilten TV-Kampagne, die nach Auskunft von AC Nielsen allein zwischen Juli und Oktober 2008 über 530.000 Euro kostete – eine immense Summe für ein Land, in dem noch immer 14,15 Prozent der Bevölkerung als arm gelten, da sie weniger als 200.262 IDR (14,23 Euro) pro Monat¹¹ für ihren Lebensunterhalt ausgeben können,.

GEMÄßIGT-ISLAMISCHE PARTEIEN IN SICH ZERSTRITTEN UND ZERSPLITTERT

Der Stimmenanteil islamischer Parteien ist gegenüber 2004 von insgesamt 37,4 auf 24,15 Prozent zurückgegangen. Nur die islamistische PKS konnte ihr Ergebnis gegenüber 2004 leicht von 7,3 auf 7,88 Prozent verbessern. Die moderate PPP sowie die den beiden islamischen Massenorganisationen *Muhammadiyah* und *Nahdlatul Ulama* (NU), nahestehenden Parteien PAN und PKB mussten dagegen Einbußen hinnehmen. Insbesondere die 1998 von Altpräsident Abdurrahman Wahid (1999-2001) gegründete PKB brach von 10,6% auf nicht einmal mehr 5 Prozent ein. Grund hierfür waren vor allem die seit Jahren anhaltenden Machtkämpfe innerhalb der Parteispitze, an deren Ende Abdurrahman Wahid Mitte 2008 vor Gericht die Führung der PKB an seinen Neffen Muhaimin Iskander verlor und sich die Partei

¹¹ Offizielle Zahlen des Nationalen Statistikamts vom März 2009.

in zwei Lager spaltete. Wahid nutzte daraufhin seinen noch immer hohen Bekanntheitsgrad, um zum Wahlboykott aufzurufen und eine Kampagne gegen seine frühere Partei zu führen.

Auch die 1973 gegründete PPP, unter dem Suharto-Regime die Sammlungspartei der gläubigen Muslime, litt im Wahlkampf unter internen Querelen und der Abspaltung der PBR (früher PPPR) in Jahr 2002. Zudem bekam sie die Enttäuschung der Wähler über die etablierten Parteien zu spüren. Die PPP konnte daher ein erneutes Absinken in der Wählergunst nicht verhindern, verlor gegenüber ihrem Ergebnis von 2004 nochmals 2,5 Prozent und erzielte damit nur noch 5,32 Prozent.

Die der Muhammadiyah nahestehende PAN unter ihrem Vorsitzenden Sutrisno Bachir hat sich in den letzten Jahren relativ erfolgreich einem größeren Wählerkreis geöffnet. Dennoch ist die Partei weiter von der Unterstützung der mit etwa 30 Mio. Mitgliedern zweitgrößten Muslim-Organisation Indonesiens abhängig. Die Gründung einer weiteren Partei durch einflussreiche Muhammadiyah-Mitglieder hat der PAN jedoch weniger geschadet, als zunächst erwartet. Sie konnte ihr Wahlergebnis mit 6,04 gegenüber 6,4 Prozent 2004 fast halten.

ISLAMISTEN HABEN SICH VERSPEKULIERT

Die islamistische Partei für Wohlstand und Gerechtigkeit (PKS), die 2002 aus der 1998 gegründeten Gerechtigkeitspartei hervorging, hat ihre ideologischen Wurzeln in der fundamentalistischen Muslim-Bruderschaft, welche 1929 von dem ägyptischen Reformler Hasan Al-Banna als islamische Erneuerungsbewegung gegründet wurde. Um sich im pluralistischen Parteienspektrum der Post-Suharto-Ära zu etablieren, rückte die Parteispitze in den letzten Jahren jedoch in der Öffentlichkeit von ihren früheren Forderungen nach Einführung der Shari'a oder der Errichtung der islamischen Republik Indonesien ab. Durch solide Basisarbeit hat sich die streng konservativ-islamisch auftretende PKS mit ihren etwa 800.000 straff organisierten Funktionären zudem einen Namen als Kämpferin gegen allgegenwärtige Korruption und für die Bewahrung der öffentlichen Moral und Ordnung gemacht.

In den letzten beiden Jahren waren jedoch auch PKS-Vertreter in Korruptionsskandale verwickelt, wodurch das saubere Image der Partei zunehmend Risse bekommen hat. In der Folge ist es der PD gelungen, der PKS in den Augen der Wähler den Rang als führende Anti-Korruptions-Partei abzulaufen. „Die [Demokratische, BG] Partei hat ihr Image verbessert, so dass sie nun die Liste der am wenigsten korrupten Parteien anführt und sich sogar an der PKS vorbeischieben konnte“, erklärte Saiful Mujani, geschäftsführender Direktor von LSI¹².

Ein grundlegendes Problem der PKS besteht zudem darin, dass sich Religiosität in Indonesien nicht direkt in Wählerstimmen übersetzen lässt. Trotz des wachsenden Einflusses eines konservativen Islams nahöstlicher Prägung liegt das Gesamtpotential islamistischer Wähler in Indonesien nach einer Untersuchung von Greg Barton, der als Professor an der Monash-Universität im australischen Melbourne lehrt, derzeit bei nur 14 Prozent. Der Grund hierfür ist, dass die allermeisten muslimischen Wähler religiösen Führern und Organisationen nicht automatisch auch politische Kompetenz zubilligen. „Sie fragen noch immer, was für neue Dinge diese Parteien der Nation geben können, und sie sind sich unsicher, ob auf Religionen basierende Parteien irgendetwas besser machen können als andere Parteien“¹³, erklärt Masdar F. Mas'udi, stellvertretender Vorsitzender der *Nahdlatul Ulama* (NU), der mit etwa 40 Mio. Mitgliedern weltweit größten muslimischen Massenorganisation.

¹² Jakarta Globe, 5. Januar 2009

¹³ Jakarta Globe, 10. April 2009

Um ihr Wählerspektrum zu erweitern, richtete die Parteiführung der PKS ihren Wahlkampf daher vor allem auf Wähler der politischen Mitte und dem nationalistischen Lager aus. Diese Taktik der PKS erwies sich jedoch als weniger erfolgreich, da sie hierdurch ihre Stammwähler vor den Kopf stieß. Zudem hatten auch die anderen Parteien das wachsende Potential der konservativ-muslimischen Wähler längst erkannt und im Wahlkampf gezielt die religiöse Karte gespielt. Ein Beispiel hierfür ist das Ende Oktober 2008 vom indonesischen Parlament verabschiedete Pornografie-Gesetz, gegen das zahllose Frauen- und Menschenrechtsgruppen Sturm gelaufen waren. Außer der PDI-P boykottierte nur die kleine und einzige christliche Partei PDS, die diesmal den Einzug ins Parlament aufgrund der neuen 2,5%-Hürde mit nur 1,16 Prozent deutlich verfehlte, die Abstimmung im Parlament; alle anderen Parteien stimmten dem Gesetzentwurf geschlossen zu.

PROBLEME DES DIREKTWAHLSYSTEMS

Eine bedeutende Änderung gegenüber der letzten Parlamentswahl 2004 bestand darin, dass nach einem Urteil des Verfassungsgerichts vom 23. Dezember 2008 Art. 214 des Wahlgesetzes für ungültig erklärt wurde. Diese Klausel hatte es den Parteien bisher erlaubt, die Reihenfolge ihrer Kandidaten auf dem Wahlzettel nach eigenem Gutdünken festzulegen. Die von der jeweiligen Partei aufgrund ihres Stimmenanteils in einem Wahlbezirk errungenen Sitze wurden dann nach der Wahl in dieser Abfolge an die Kandidaten verteilt. Die oberen Listenplätze waren daher innerhalb der Parteien stets hart umkämpft. Auf diese Weise stellten die Parteien sicher, dass einflussreichen Mitgliedern der Einzug ins Parlament garantiert war, ohne sich mit einem aufwändigen Wahlkampf belasten zu müssen. Kandidaten auf unteren Listenplätzen hatten praktisch nur dann eine Chance, wenn es ihnen gelang, 30 Prozent der gültigen Stimmen in ihrem Wahlkreis zu erringen und dadurch direkt ein Mandat zu erhalten. Dies gelang 2004 nur vier von 550 Abgeordneten.

Viele Kommentatoren lobten die Entscheidung des Verfassungsgerichts daher als wichtigen Schritt für mehr Demokratie. „Das System ist gut für unsere Wahl, da es die Kandidaten nötig, tief in ihrem Wahlbezirk verwurzelt und unter den Wählern bekannt zu sein“, stellte zum Beispiel Muhammad Odari vom Meinungsforschungsinstitut *Indo Barometer* fest¹⁴. Auch einige Parteien begrüßten das Urteil. Dabei handelte es sich vor allem um Golkar, die PD und die PAN, die bereits im Sommer interne Regelungen für ein solches offenes Listensystem getroffen hatten, um ihre Attraktivität für die Wähler zu erhöhen.

Das neue Direktwahlsystem hat jedoch auch Nachteile. So hat der Bekanntheitsgrad des Namens des Kandidaten stark an Bedeutung für den individuellen Wahlerfolg gewonnen: „Das wichtigste bei einer so kurzen Kampagnenphase ist, dass sich die Leute meinen Namen und auch mein Gesicht für die Stimmabgabe merken“, erklärte der PDI-P-Abgeordnete Ganjar Pranowo seine veränderte Wahlkampfstrategie. Politische Inhalte treten seiner Ansicht nach dagegen in den Hintergrund: „Ich würde jetzt zum Beispiel zu Frau Kartinah nicht sagen, dass sie mich wählen muss, weil ich mehrere Programme habe, von denen eine bäuerliche Gesellschaft langfristig profitieren würde“¹⁵. Von dieser Entwicklung haben speziell auch prominente Kandidaten – Sänger, Schauspieler und die Kinder bekannter Politiker – profitiert. So haben der Sohn von Präsidenten Yudhoyono und die Tochter von Megawati Sukarnoputri nicht nur den Einzug ins Parlament geschafft, sondern auch die besten Wahlergebnisse aller Kandidaten für das Nationalparlament erzielt – Edhie Baskoro Yudhoyono mit

¹⁴ Jakarta Globe, 16. März 2009

¹⁵ Jakarta Post, 16. März 2009

327.097 und Puan Maharani mit 242.504 Stimmen¹⁶. Die Schauspielerin Rieke Dyah Pitaloka hat im Wahlbezirk Westjava II sogar den Politprofi und Ehemann von Ibu Mega, Taufik Kiemas, überflügelt.

Eine eindeutig negative Auswirkung der Direktwahl war, dass die zwar offiziell verbotene, aber dennoch weit verbreitete Praxis des Stimmenkaufs durch „Wahlgeschenke“ in Form von T-Shirts, Lebensmitteln und kleinen Geldbeträgen durch den höheren Konkurrenzdruck weiter angeheizt wurde. „Offen gesagt, bin ich besorgt, denn in so einer Stimmung werden die Leute nur die Kandidaten wählen, die ihnen Geld geben, unabhängig davon, wie fähig sie sind“, kritisierte Rubiyanto Misman, ehemaliger Rektor der Jendral Soedirman Universität in Purwokerto, Zentral-Java. „Laufend fragen mich Wähler, was ich ihnen geben und was ich ihnen bezahlen kann“, kritisierte die PPP-Abgeordnete Lena Maryana Mukti. „Ich denke, die größte Herausforderung für die Kandidaten besteht nun darin, den Wählern beizubringen, dass es bei der Wahl nicht um Mandate geht, sondern darum, dass die richtigen Kandidaten gewählt werden, die im Parlament für ihre politischen Überzeugungen kämpfen“¹⁷.

WEIBLICHE KANDIDATEN BENACHTEILIGT?

Es wurde zudem erwartet, dass sich das neue Direktwahlsystem negativ auf den ohnehin niedrigen Anteil weiblicher Abgeordneter im Parlament von 11,8 Prozent auswirken würde. Denn durch die direkte Konkurrenz der Kandidaten einer Partei untereinander werde die im Wahlgesetzte vorgesehene Frauen-Quote von 30 Prozent für die Aufstellung der Kandidatenlisten faktisch bedeutungslos, so die Argumentation.

„Das Urteil des Verfassungsgerichts ist den Frauen gegenüber nicht fair, denn wenn Kandidaten nur anhand der von ihnen erzielten Stimmen gewählt werden, wird es die Möglichkeiten weiblicher Kandidaten zur Teilnahme an Parlamentswahlen aufgrund der stark patriarchalischen Kultur der indonesischen Gesellschaft allgemein und speziell der Parteien noch weiter einschränken“¹⁸, kritisierte Masruchah, Generalsekretärin der Indonesischen Frauenkoalition Nach Ansicht von Hadar N. Gumay vom *Center for Electoral Reform* (Cetro) spielt auch die Religion eine große Rolle: „Indonesien ist eine von Männern dominierte Gesellschaft und eine Menge Dinge, einschließlich der Politik, werden auf muslimische Art geregelt. Eine Menge muslimische Parteien und religiöse Führer sagen, dass es sich für eine Frau nicht schickt, das Land zu regieren und das ein von Frauen regiertes Land zugrunde gehen wird“¹⁹. Hinzu kommt, dass weibliche Kandidaten meist über weniger Erfahrung und Geld für ihren Wahlkampf verfügen.

Schon vor dem Urteil des Verfassungsgerichts hatten viele Parteien versucht, die Frauenquote zu unterlaufen, indem Kandidatinnen häufig wenig aussichtsreiche Plätze am Ende der Liste erhielten. Sechs Parteien – darunter PAN, PPP und Gerindra – verfehlten die 30 Prozent sogar knapp, ohne deshalb mit Sanktionen belegt worden zu sein, da dies im Wahlgesetz nicht vorgesehen ist. Hadar N. Gumay (Cetro) kommt daher zu dem Urteil, dass „die Parteien, die das Wahlgesetz verabschiedet haben, die Öffentlichkeit belogen haben. Die Rekrutierung weiblicher Kandidaten ist nur ein Lippenbekenntnis, um weiblichen Wählern zu gefallen, aber tatsächlich meinen sie es mit der Förderung weiblicher Kandidaten nicht ernst“²⁰.

¹⁶ Jakarta Globe 28. Mai 2009

¹⁷ Jakarta Globe, 16. März 2009

¹⁸ Jakarta Post, 26. Dezember 2008.

¹⁹ AFP, 22. März 2009

²⁰ Jakarta Post, 9. Oktober 2008

Umso erstaunlicher dann das Wahlergebnis: Gegenüber 2004 stieg die Zahl weiblicher Abgeordneter von 63 auf 102; dies entspricht einer Steigerung des Frauenanteils im DPR-RI von 11 auf 18 Prozent - so hoch wie noch nie. Ein wesentlicher Grund für diesen überraschenden Erfolg scheint neben der Sympathie vieler Wählerinnen in der wachsenden Frustration über die anhaltenden Bestechungsskandale in der indonesischen Politik zu sein – Korruptionsanklagen gegen weibliche Abgeordnete sind dagegen die große Ausnahme. Zudem scheinen die Vorbehalte in der Bevölkerung gegenüber weiblichen Kandidaten weit geringer gewesen zu sein, als in den politischen Parteien selber: Nach einer Umfrage von *Indo Barometer* von Anfang März 2009 mit 1.200 Befragten in 33 Provinzen unterstützten 81,6 Prozent weibliche Kandidaten.

„Wir sind erfreut über das Ergebnis, besonders da es unerwartet ist,“ kommentierte Titi Sumbung, geschäftsführende Direktorin des *Indonesia Center for Women in Politics* (ICWIP), das Wahlergebnis. „Aber es scheint, dass Frauen mit einer erfolgreichen Bilanz im Bereich der Frauenrechte keine Sitze erringen konnten, während Schauspielerinnen, Sängerinnen und Verwandte von mächtigen Politikern erfolgreich waren“²¹. In ähnlicher Weise kritisiert auch Sri Budhi Eko, Direktorin des Zentrums für Politische Wissenschaften (Puskapol) der Universität von Indonesien die Auswahl und mangelnde Unabhängigkeit einiger weiblichen Abgeordneten: „Vierzig Prozent der Kandidaten wurden aufgrund ihrer Beziehungen zu den politischen Eliten rekrutiert. Die politischen Parteien haben sich keine wirklichen Gedanken über die Qualität der Kandidaten gemacht, sondern nur Personen rekrutiert, die den politischen Eliten nahestehen, um die 30 Prozent Quote zu erfüllen. Dies hat zur Entstehung einer neuen Welle von politischen Dynastien geführt“²².

ERHEBLICHE ORGANISATORISCHE UND LOGISTISCHE PROBLEME GEFÄHRDETEN DIE WAHL

Das größte Problem bei den Parlamentswahlen 2009 bereiteten die Logistik und die Organisation bei der Vorbereitung und Durchführung der Wahl. Wie bereits erwähnt, stellen sowohl die Zahl von 171 Millionen Wählern als auch die Topografie des Landes in dieser Hinsicht eine immense Herausforderung dar. Im Vergleich zu früheren Wahlen auf nationaler und Provinzebene hat die aktuelle Wahlkommission (KPU) diese weit schlechter gelöst als ihre Vorgänger. So war die KPU nicht in der Lage, rechtzeitig vor dem Wahltag allen Wahllokalen die richtigen Stimmzettel zur Verfügung zu stellen und für die korrekte Registrierung der Wähler zu sorgen. Oppositionsführerin Megawati Sukarnoputri von der PDI-P bezeichnete die Wahl 2009 daher als die schlechteste seit dem Übergang Indonesiens zur Demokratie vor zehn Jahren.

So veröffentlichte die KPU die vorläufige Kandidatenübersicht erst am 7. Oktober 2008, obwohl die offizielle Nominierungsfrist bereits am 18. August 2008 abgelaufen war. Zudem konnten die Kandidatenlisten aufgrund des zu knapp bemessenen Budgets nicht an wie üblich fünf, sondern nur einem Tag in der Zeitung publiziert werden. Viele Wähler hatten daher gar keinen Zugang zu den Namen der Kandidaten, um deren Hintergründe zu prüfen und zum Beispiel Korruptionsvorwürfe öffentlich zu machen. Die endgültige Kandidatenliste erschien daher nicht wie vorgesehen am 26. September, sondern erst am 31. Oktober.

²¹ IPS, 18. Mai 2009

²² Jakarta Globe, 8. Mai 2009

Ferner konnte erst am 9. Februar mit dem Druck der Wahlzettel begonnen werden, da auch die überarbeitete Kandidatenliste noch orthographische Fehler enthielt und das Vergabeverfahren für den Druck, das eigentlich im November abgeschlossen werden sollte, bis Ende Januar verschleppt worden war. Nach Auslieferung der ersten Wahlzettel Mitte Februar mussten zudem immer wieder Tausende Exemplare wegen Druck- und Setzfehlern ausgetauscht werden. Die insgesamt benötigten 686 Millionen Stimmzettel waren daher erst am 14. März verfügbar – eine Woche nach dem bereits verschobenen Stichtag. Am Ende erreichten trotz der riesigen Entfernung und der Unzugänglichkeit einiger Gebiete angeblich alle 528.217 Wahllokale ausreichend viele Unterlagen – manche jedoch erst am Tag der Wahl. In einigen Bezirken wurden zudem die Wahlzettel vertauscht, so dass die Wähler nicht für ihre lokalen Kandidaten stimmen konnten und die Wahlen daher entweder wiederholt oder nur die Parteistimmen gezählt wurden.

Ähnliche Probleme entstanden bei der Registrierung der Wahlberechtigten in den offiziellen Wählerlisten. Obwohl das Innenministerium den lokalen Wahlkommissionen bereits im April 2008 vorläufige Listen zur Verfügung gestellt hatte, hatten Mitte August erst ein knappes Drittel die notwendigen Überprüfungen vorgenommen. Etwa 20 Prozent der Wähler waren zu diesem Zeitpunkt daher noch nicht registriert und damit offiziell nicht wahlberechtigt. Über 92 Prozent der Wähler waren sich zudem gar nicht bewusst, dass sie nur bis zum 18. August Zeit hatten zu prüfen, ob sich ihr Name auf der Wählerliste befand; nur 3,4 Prozent hatten diese Überprüfung auch tatsächlich vorgenommen. Die KPU verschob die für den 21. August geplante Schließung der Wählerlisten daher auf den 8. September. Die schließlich am 24. Oktober publizierte Aufstellung aller Wahlberechtigten erwies sich jedoch noch immer als grob fehlerhaft. Neben Toten und Minderjährigen fanden sich in den Listen auch Personen, die im betroffenen Wahlbezirk gänzlich unbekannt waren. In West-Papua wurde zum Beispiel festgestellt, dass 127.000 der dort registrierten Wähler überhaupt nicht existierten. Die Regierung sah sich schließlich gezwungen, per Erlass vom 26. Februar eine erneute Überarbeitung der Listen bis zum 12. März zuzulassen. Dennoch waren am 9. April circa 10 Millionen Personen nicht zur Stimmabgabe zugelassen, da sie nicht oder nicht korrekt registriert worden waren. Dies und das Problem der „Geisterwähler“ – nicht existierende oder bereits verstorbene Personen - erklären zum Teil auch den ungewöhnlich hohen Anstieg der Nichtwählerquote von 16 auf 29 Prozent gegenüber 2004.

Ein weiteres Problem war die Unkenntnis der Wähler über den Wahlvorgang. Fast zwei Drittel waren sich im Dezember noch nicht bewusst, dass sie im Unterschied zu 2004 den Wahlzettel nicht mit einem Nagel durchstechen, sondern einen Haken hinter dem Namen des Kandidaten oder der Partei machen mussten. Weitere Testläufe Mitte Februar ergaben, dass aufgrund der sehr eng gefassten Regelung etwa 25 Prozent der Stimmen ungültig sein würden. Im Norden Jakartas belief sich der Anteil in einem Test sogar auf 60 Prozent. Die KPU erließ daher Mitte April eine Anordnung, die auch andere Markierungen der Wahlzettel zuließ. Am 26. Februar gab die Regierung zudem einen Erlass heraus, nachdem die Wähler nun zwei statt nur einer Stimme abgeben durften – eine für die Partei und eine für den direkt zu wählenden Kandidaten. Das amtliche Endergebnis mit 14,4 Prozent ungültiger Stimmen zeigte zwar eine deutliche Verbesserung gegenüber den Testläufen, doch reichten die Maßnahmen nicht aus, um die mangelhafte Information der Wähler durch die KPU aufzufangen und den Anteil der ungültigen Stimmen auf das international übliche Maß von zwei bis drei Prozent zu senken.

AUFARBEITUNG DER ORGANISATORISCHEN MÄNGEL DER PARLAMENTSWAHLEN

Nach dem 9. April drohten zunächst eine Reihe unterlegener Parteien, darunter auch die PDI-P, wegen angeblicher Wahlmanipulationen zugunsten der PD mit einem Boykott der Prä-

sidentschaftswahlen. Je weiter sich allerdings die Koalitionsgespräche der Parteien bezüglich der Kandidatenaufstellung für den 8. Juli entwickelten, desto mehr verstummten auch die Rufe nach einem Boykott. Grund hierfür wird auch gewesen sein, dass es kaum greifbare Beweise für eine absichtliche Verfälschung der Parlamentswahl gegeben hat. So klagte beispielsweise die PDI-P gegen eine Diskrepanz von 40 Stimmen zwischen der Summe der Resultate in den einzelnen Wahllokalen und dem für einen Wahlbezirk verkündeten Endergebnis – bei insgesamt über 125 Millionen abgegebenen Stimmen. Das Verfassungsgericht wies die Klagen allerdings aus formellen Gründen ab. Die Beschwerden einiger NRO gegen die KPU wurden bereits von der zuständigen Clearing-Stelle mangels Beweisen abgewiesen.

Mit dem Problem beschäftigten sich aber nicht nur die Vertreter der Parteien, die vereinzelt sogar die Annullierung der Wahlen forderten, sondern auch die zuständige Kommission des nationalen Parlaments. Am 29. April beschloss diese gegen den Widerstand der PDI-P, die das Wahlchaos für den Wahlkampf gegen die Regierung SBY ausschlichten wollte, die Wählerlisten für die Präsidentschaftswahlen ein drittes Mal überarbeiten zu lassen. CETRO-Vorsitzender Hadar Gumay zeigte sich jedoch zurecht wenig optimistisch, dass es der KPU auch mit zusätzlichen 1,4 Millionen Euro gelänge, die Fehler in den Wählerlisten zu beseitigen: „Ein großes Budget für die Überarbeitung der Wählerlisten ist noch keine Garantie dafür, dass die Wählerlisten korrekt sein werden“²³. Probleme sah er vor allem beim Personal, der fehlenden Ausrüstung sowie dem zu eng bemessenen Zeitrahmen.

Die KPU weigerte sich zudem standhaft, für die anstehenden Präsidentschaftswahlen eine unbürokratische Lösung für das Problem der fälschlicherweise nicht registrierten Wähler herbeizuführen. Erst ein am 6. Juli, also zwei Tage vor den Wahlen, zwang das Verfassungsgericht die KPU, jeden indonesischen Staatsbürger, der seinen Personalausweis, seine Familienkarte und saubere Finger²⁴ vorzeigen konnte, in einem Wahllokal seines Wohnumfelds zu Abstimmung zuzulassen. Im Gegensatz zu den massiven organisatorischen und logistischen Problemen in der Vorbereitung verlief der Wahltag selbst dann ausgesprochen geordnet und reibungslos. Nur in Papua kam es vereinzelt zu Zusammenstößen zwischen Wählern und Sicherheitskräften.

Wie schon bei den Wahlen 2004 lagen bereits wenige Stunden nach der Öffnung der Wahllokale *Quick Counts* verschiedener Umfrageinstitute vor, die das Endergebnis bereits bis auf wenige Prozent Abweichung korrekt wiedergaben. Dennoch dauerte es wegen des Ausfalls des neuen elektronischen Systems, mit dem die einzelnen Wahlbezirke ihre Auszählergebnisse nach Jakarta übertragen sollten, erheblich länger als geplant, bis alle abgegebenen Stimmen schließlich manuell ausgezählt und amtlich registriert waren. Der von der KPU gesetzte Termin am 9. Mai 2009 für die Bekanntgabe des offiziellen Endergebnisses wurde trotzdem knapp eingehalten. Die Bekanntgabe der genauen Stärke der einzelnen Parlamentsfraktionen verzögerte sich aufgrund eines Streits zwischen der KPU und dem Obersten Gerichtshof über die korrekte Berechnung der Sitzverteilung, der letztendlich vom Verfassungsgericht entschieden werden musste, bis zum 5. September 2009 - also bis weit nach der Präsidentschaftswahl und nur gut drei Wochen vor der Inauguration des neuen Parlaments.

DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN VOM 8. JULI 2009

²³ Jakarta Globe, 8. Mai 2009

²⁴ Jeder nicht in den Wählerlisten verzeichnete Wähler wird mit einem Daumenabdruck registriert. Zudem wird ein Finger – in der Regel der kleine Finger – jedes Wählers mit nicht abwaschbarer Tinte als Zeichen der Stimmabgabe markiert.

Der anschließende Präsidentschaftswahlkampf, aus dem der amtierende Präsident, Susilo Bambang Yudhoyono, am 8. Juli 2009 als deutlicher Sieger hervorging, verlief ebenfalls fair und sachlich. Zudem war der Wahlkampf erheblich stärker von Inhalten geprägt als vor den Parlamentswahlen. Dies hing mit Sicherheit damit zusammen, dass die inhaltlichen Positionen von drei Lagern für den Wähler einfacher zu verstehen und vergleichbarer waren als die von den 38 Parteien, die sich um den Einzug ins nationale Parlament beworben hatten. Die turbulenten Wochen der Koalitionsbildung unmittelbar nach den Parlamentswahlen wiederum bildeten ein illustres Kapitel für sich und können - aus internationaler Sicht - als Musterbeispiel für die Verschiedenheit von politischer Logik in der Welt herangezogen werden.

Das amtliche Endergebnis vom 25. Juli 2009 für die jeweiligen Kandidaten, die ebenso wie in den USA immer als Paar für das Amt des Präsidenten und des Vizepräsidenten antreten:

Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) / Boediono:	60,80 %	(73.874.562 Mio.)
Megawati Soekarnoputri / Prabowo Subianto	26,79 %	(32.548.105 Mio.)
Jusuf Kalla / Wiranto	12,41 %	(15.081.814 Mio.)

DER AUFTAKT - KOALITIONENROULETTE ODER "WHO WANTS TO BE WHOSE CANDIDATE"?

Wie bereits erwähnt, bestimmt das indonesische Wahlgesetz, dass für die Nominierung eines Präsidentschaftskandidatenpaares 20 Prozent aller Parlamentssitze bzw. 25 Prozent aller Wählerstimmen notwendig sind. Die Theorie lässt damit allerhöchstens fünf Kandidatenpaare zu (wenn tatsächlich der höchst unwahrscheinliche Fall eintreten würde, dass jeweils exakt 20 Prozent aller Abgeordneten jeweils ein Kandidatenpaar unterstützen würden). In der Praxis konkurrieren allerdings höchstens drei Teams um die Gunst der Wähler - vier wäre schon ausgesprochen unwahrscheinlich.

Da von allen im neugewählten Parlament vertretenen Parteien nur die PD die genannten Anforderungen an Stimmenanteil und Fraktionsstärke erfüllte, waren alle übrigen Parteien gezwungen, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen, um dann als Parteienbündnisse die Nominierungen vornehmen zu können. Die Ergebnisse der Parlamentswahlen bildeten somit die Ausgangslage und Basis der Koalitionsverhandlungen, die unmittelbar nach dem Bekanntwerden der ersten Trendmeldungen aufgenommen wurden. Bestimmte Weichenstellungen erfolgten allerdings schon Wochen und Monate vorher.

Für einen außen stehenden, mit europäischen Mustern von Partei- und Personaltaktik vertrauten Beobachter hätte das Ergebnis der Parlamentswahlen zwangsläufig eine Fortsetzung des bisherigen Präsidentschaftsduos SBY / Jusuf Kalla impliziert. Mit 35 Prozent der abgegebenen Stimmen für *Partai Demokrat* und Golkar hätten beide Kandidaten auf eine komfortable Basis bauen und so problemlos weitere Parteien für ihre Koalition gewinnen können. Allen anderen potenziellen Kandidaten hätte es alleine enorme Probleme bereitet, sich gegen diese Konstellation durchzusetzen. Dass es dann doch ganz anders kam, hängt vor allem mit einer neuen Eigendynamik innerhalb der ehemaligen Staatspartei Golkar zusammen. Die rasante politische Entwicklung in den Wochen nach den Parlamentswahlen hat einige interes-

sante Einblicke in das politische Leben und Denken in Indonesien eröffnet und ist daher einer näheren Betrachtung wert.

KALLA/WIRANTO (GOLKAR/HANURA)

Die Golkar-Partei, die bis zum Sturz Suhartos 1998 gewohnt war, qua ihrer Existenz die Regierungspartei zu sein und sich in gleichem Maße auf eine einzige Führungsperson zu konzentrieren, sah sich in der auslaufenden Legislaturperiode in der Situation, zwar die größte Fraktion im Parlament, aber eben nur den Vizepräsidenten zu stellen: eine jahrelange Herausforderung für das innerparteiliche Selbstverständnis und -bewusstsein, die schon Wochen vor den Wahlen durch Unmutsbekundungen seinen Ausdruck fand, insbesondere seitens vieler regionaler und lokaler Parteichefs²⁵. Bei einem außerordentlichen Treffen der 33 Provinzvorsitzenden und Mitgliedern des nationalen Vorstandes, das 2 ½ Wochen nach den Parlamentswahlen in Jakarta stattfand, rief dieses eigentlich nicht satzungsgemäße Gremium Parteivorsitzenden Jusuf Kalla als Präsidentschaftskandidaten von Golkar aus. Die parteiinternen oppositionellen Flügel um die ehemaligen Vorsitzenden Akbar Tandjung und Agung Laksono, dem Finanzmogul und Minister Aburizal Bakrie, dem Vorsitzenden des Beratenden Parteivorstandes Surya Paloh, sowie Yogyakartas Sultan Hamengkubuwono X. wurden damit vor vollendete Tatsachen gestellt. Diese hatten gehofft, entweder selbst auf einer Liste möglicher Vizepräsidentschaftskandidaten zu stehen, aus der SBY dann "seinen Mann" wählen sollte (was SBYs *Partai Demokrat* dann tatsächlich auch zur Vorbedingung für eine Koalition mit Golkar erhob), oder zusammen mit Ibu Mega ins Rennen zu gehen. Aus historischen Gründen wäre diese Konstellation ausgesprochen schwierig gewesen, da Megawati Sukarnoputri als Tochter des Staatsgründers Sukarno und Golkar als dem politischen Vehikel Suhartos einen politischen Antagonismus in Indonesien verkörpern.

Der aus partei- und machttaktischen Erwägungen in keiner Weise nachvollziehbare Schritt Golkars zur Nominierung eines eigenen Präsidentschaftskandidaten²⁶ wurde vom stellvertretenden Parteivorsitzenden Muladi dann auch dementsprechend kommentiert: "What happened here is more about emotion. The dignity of the party should be number one... Emotional nuances are extremely high, so what ever the result (!) whether the party can win or lose the election is no longer important..."²⁷ Golkar und die neue Partei Hanura des früheren Golkar-Mannes und Ex-Generals Wiranto waren dann auch die ersten, die am 1. Mai zusammen mit 8 weiteren kleinen Parteien (die den Einzug ins Parlament nicht geschafft hatten) offiziell die Koalition um das Kandidatenteam Kalla/Wiranto bekanntgaben.

Die Kandidaten

Muhammad Jusuf Kalla (67), kurz "JeKa" genannt, amtierender Vizepräsident der Legislaturperiode 2004-9, stammt aus dem Süden Sulawesis (der früheren Insel Celebes) und studierte Wirtschaftswissenschaften an der Nationalen Universität in Makassar/Sulawesi sowie am European Institute of Business Administration in Fontainebleau, Frankreich. Er ist ein erfolgreicher Geschäftsmann und Chef seines großen Familienunternehmens. Der Süden der Insel Sulawesi, namentlich die Millionenstadt Makassar, ist eine Hochburg der Golkar und

²⁵ Bereits Mitte März unterzeichneten 28 der 33 Provinzvorsitzenden der *Golkar* eine Vereinbarung zur Unterstützung Kallas als Präsidentschaftskandidat. Dieser Vereinbarung ging ein Treffen in der Residenz Kallas in Jakarta am 19. Februar voraus, an dem erstmals die Idee einer Kandidatur ernsthaft diskutiert wurde. Vgl. hierzu: Tempo, 4. Mai 2009, S. 15.

²⁶ Eine Umfrage im April ergab, dass nur 3,8 Prozent der Befragten Kalla als präsidierbar erachteten; in: Jakarta Post, 24.4.2009, S. 2.

²⁷ Ebd.

stellt zugleich Kallas Machtbasis dar²⁸. Seit 1987 Mitglied des Parlaments, fungierte er 1999-2000 als Industrie- und Handelsminister und von 2000 bis 2004 als Koordinierender Minister für den nationalen Wohlstand ("people's welfare", entspricht einem Sozialminister). Mit seiner Wahl zum Vizepräsidenten übernahm er 2004 den Vorsitz der Golkar.

Wiranto (62), wurde in Yogyakarta, dem kulturellen und spirituellen Zentrum Javas geboren. Als Javaner gehört er der weitaus größten und dominierenden Volksgruppe an, die nahezu die Hälfte aller Indonesier umfasst. Der ehemalige Oberbefehlshaber der indonesischen Streitkräfte und Verteidigungsminister unter Suharto und Habibie war der offizielle Präsidentschaftskandidat der Golkar im Wahljahr 2004, unterlag jedoch SBY und Kalla (der damals ohne offizielle Golkar-Unterstützung kandidierte), worauf hin er Golkar verließ und 2006 mit der "Partei des nationalen Bewusstseins" Hanura eine neue Partei aufbaute. Wie bereits oben angesprochen, werden Wiranto Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Unabhängigkeitskämpfe in Ost-Timor 1999 zur Last gelegt. Als Verteidigungsminister gab Wiranto den Befehl an das Militär, den blutigen Unruhen in Indonesien 1998 mit Waffengewalt entgegen zu treten. Nicht so sehr dieser Umstand als vielmehr das brutale Vorgehen der Speziellen Einsatztruppe KOPASSUS unter Befehl von General Prabowo Subianto geriet dabei in die Kritik der Weltöffentlichkeit. Wiranto entließ Prabowo ehrenhaft aus dem Dienst, nachdem gezielte Ermordungen politischer Gegner durch *KOPASSUS*-Einheiten bekannt wurden. 11 Jahre danach stehen sich nun beide Ex-Generäle als Kontrahenten um das Amt des Vizepräsidenten gegenüber.

SBY/BOEDIONO (PARTAI DEMOKRAT)

Nachdem seine *Partai Demokrat* (PD) ihren Stimmanteil fast verdreifacht und damit einen fulminanten Wahlsieg errungen hatte, konnte der amtierende Staatspräsident Yudhoyono mit relativer Gelassenheit die Koalitionsverhandlungen angehen. Bereits am 27. April verkündete die Führung der PD eine Vereinbarung mit 14 kleineren Parteien (ohne Parlamentsmandat), die zusammen 12,5 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatten. Offen blieb jedoch, mit wem er ins Rennen gehen würde. In den darauf folgenden Tagen schlossen sich alle 4 islamischen Parteien, die mit einem Stimmenanteil von zusammen knapp 25 Prozent den Einzug ins Parlament geschafft hatten, der Yudhoyono-Koalition an. Insgesamt waren es dann sogar 23 Parteien, die mit einem Anteil weit über der absoluten Mehrheit der bei den Parlamentswahlen abgegebenen Stimmen die Koalition um SBY bildeten. Die Frage nach der Vizepräsidentschaftskandidatur wurde zusehend spannender, die Liste der potenziellen Kandidaten immer umfangreicher. Doch Yudhoyono ließ sich nicht drängen und behielt genau die Ruhe und Gelassenheit, die kennzeichnend für seine bisherige Amtsführung waren.

Auch hier ließ sich der europäische Beobachter vom eigentlich Offensichtlichen blenden. Denn nach allen Regeln der politischen Koalitionsbildungskunst lag es auf der Hand, dass Yudhoyono seinen Vizepräsidentschaftskandidaten aus den Reihen der vier islamischen Parteien wählen würde. Und mit Hatta Rajasa von der moderat-islamischen Partei PAN stand ihm neben anderen Aspiranten sogar ein enger Vertrauter und treuer Gefolgsmann zur Verfügung. Immerhin dient Rajasa seinem Präsidenten als Leiter des Staatssekretariats im Ministerrang, was in Deutschland dem Chef des Bundeskanzleramtes entsprechen würde. Von der Überlegung, dass es wohl einen der Hoffnungsträger aus dem Lager der islamischen Parteien treffen würde, als Vizepräsident nominiert zu werden, gingen aber auch die Vertreter der islamischen Parteien wie selbstverständlich aus. Die Enttäuschung, von SBY übergangen zu werden, hätte durchaus dazu führen können, dass sich die islamischen Parteien als Block von der Yudhoyono-Koalition verabschiedet hätten und selbst mit einem Präsidentschafts-

²⁸ Damit ist Kalla auch der einzige der sechs Kandidaten, der nicht der Volksgruppe der Javaner angehört.

kandidaten ins Rennen gegangen wären. Ihr Stimmenanteil hätte für diese Variante jedenfalls ausgereicht. Nicht anders ist im Nachhinein der Schachzug SBYs zu werten, Mitte Mai völlig unerwartet Koalitionsgespräche mit Megawatis PDI-P aufzunehmen, nachdem es kurz vorher zu Presseberichten kam, die erstmals SBYs Präferenz für den parteilosen Boediono (der allerdings *Ibu Megas* Partei nahestehen soll) kolportierten. Die PDI-P, die zu jenem Zeitpunkt ziemlich ratlos nach Koalitionspartnern Ausschau hielt, wäre möglicherweise sogar für einige Ministerämter auf diesen Zug aufgesprungen. Eine ehemalige Staatspräsidentin Megawati als Vizepräsidentenskandidatin wäre dagegen einfach unvorstellbar gewesen, weshalb vorübergehend spekuliert wurde, Ibu Mega würde ihre Tochter Puan Maharani als Vizepräsidentenskandidatin an der Seite von SBY ins Rennen schicken.

Doch allein schon die Drohgebärde SBYs, im Zweifelsfall auf die islamischen Parteien zugunsten einer Kooperation mit PDI-P verzichten zu können, scheint dem Präsidenten ausgereicht zu haben, um ohne irgendeine Absprache mit den anderen 22 Koalitionspartnern den parteilosen Gouverneur der Zentralbank, Boediono, zu nominieren. Der enttäuschte Aufschrei im islamischen Lager war dann auch hörbar, hielt sich aber so sehr in Grenzen, dass es zu keinem einzigen Austritt einer Partei aus der Yudhoyono-Koalition kam. In der Tat ein Meisterstück politischer Taktik nach indonesischer Art!

Die Kandidaten

Susilo Bambang Yudhoyono (59) oder kurz SBY (so wird er nicht nur im Volk genannt, sondern auch mit "Herr SBY" angesprochen), stammt aus Ost-Java und erhielt seine Ausbildung an der Akademie der Indonesischen Streitkräfte (ebenso wie Wiranto und Prabowo). Er kann auf eine abwechslungsreiche Offizierskarriere mit verschiedenen Einsatzbereichen zurückblicken, die er als Generalleutnant beendete. 1999 berief Präsident Abdurrahman Wahid ihn als Rohstoff- und Energieminister ins Kabinett, danach wurde er Minister für "Politik und Sicherheit". Das Ministeramt behielt er auch unter Präsidentin Megawati bei. 2001 gründete er die *Partai Demokrat* PD, die 2004 mit überraschenden 7,5 Prozent ins nationale Parlament einzog. Mit ihr gelang ihm im selben Jahr ein weiterer Coup, als er im 2. Wahlgang zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Boediono²⁹ (66) stammt ebenfalls aus Ost-Java, studierte Wirtschaftswissenschaften an zwei Universitäten in Australien und promovierte an der University of Pennsylvania zum Doctor of Philosophy in Business Economics. Der langjährige Professor für Volkswirtschaft an der Universitas Gadjah Mada in Yogyakarta (der größten Universität Indonesiens) wurde 1998 von Präsident Habibie zum Minister für Landesentwicklungsplanung berufen. Präsidentin Megawati ernannte ihn 2001 zum Finanzminister (bis 2004). SBY wiederum setzte ihn als koordinierenden Minister für Wirtschaft ein (2005-8). Seit 2008 fungiert Boediono als Gouverneur der Indonesischen Zentralbank (mit der Nominierung zum Vizepräsidentenskandidaten im Mai trat Boediono von diesem Amt zurück).

MEGAWATI/PRABOWO (PDI-P/GERINDRA)

Der letzte Teil der Geschichte ist schnell erzählt. In Ermangelung anderer Möglichkeiten blieb Ibu Mega und Prabowo Subianto nichts anderes übrig, als eine politische Zweckehe auf Zeit einzugehen. Dazu mussten sich beide Seiten wohl bis zur Selbstverleugnung überwinden. Für Prabowo Subianto war es allein schon ein harter Brocken, nur als Vizepräsident aufgestellt zu werden. Zu diesem Zugeständnis war er möglicherweise auch nur deshalb bereit, weil er als einziger der sechs Kandidaten Chancen für eine Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2014 hat. Zudem schaffte er es, seinen Brautpreis auf 10 Ministerposten im Kabinett für seine

²⁹ Häufig finden sich in Namen noch immer die aus holländischen Kolonialtagen stammende Schreibweise "oe", die als deutsches „u“ gelesen wird (so auch Soeharto oder Soekarno).

4,5%-Partei Gerindra hochzuschrauben und eine politische Gütertrennung festzuschreiben, wonach Ibu Mega für alle politischen und Sicherheitsbelange und Prabowo für alle wirtschaftlichen Fragen zuständig sein sollten³⁰. Der Beginn einer wunderbaren Partnerschaft?

Die Kandidaten

Megawati Sukarnoputri (62), Staatspräsidentin von Juli 2001 bis Oktober 2004, ist die in Yogyakarta geborene, älteste Tochter des Staatsgründers Sukarno. Aufgrund des Politikverbots für Sukarnos Familie während der frühen und mittleren Suharto-Ära wurde sie erst 1993 als Abgeordnete der Oppositionspartei PDI (Demokratische Partei Indonesiens) politisch aktiv. Als Kämpferin für die armen Bevölkerungsschichten und aufgrund ihrer klaren Abgrenzung zum Suharto-Clan und seinen Machenschaften stieg ihre Beliebtheit in der Bevölkerung stetig, womit sie den Grundstein für ihre politischen Erfolge in den ersten Jahren der *reformasi*-Ära nach 1998 gelegt hatte. Ihre Partei PDI-P (Indonesische Demokratische Partei des Politischen Kampfes) errang bereits bei den ersten freien Wahlen 1999 ein Drittel der Wählerstimmen. Nach der Absetzung von Präsident Abdurrahman Wahid wurde Megawati 2001 als Staatspräsidentin vereidigt, verlor aber die Wahlen 2004 gegen ihren Sicherheitsminister Yudhoyono.

Prabowo Subianto (57) aus Jakarta hat sich erst 2008 mit der Gründung der Partei der Bewegung Gesamt-Indonesien (Gerindra) der Politik verschrieben. Zwischen seiner Entlassung aus dem Armeedienst (s.o.) und dem Einstieg in die Politik machte er eine steile Businesskarriere, sodass sein derzeitiges Vermögen mit etwa 170 Millionen USD angegeben wird, wozu er als ehemaliger Schwiegersohn Suhartos auch das immer noch engmaschige Netz des Suharto-Clans nutzen konnte. Zugleich trifft der leidenschaftliche Polo-Spieler als Vorsitzender des Indonesischen Bauernverbandes genau den Ton, den arme Bevölkerungsschichten gerne hören wollen. Als Mitglied der regierenden Familie war ihm eine Blitzkarriere in den Streitkräften beschieden. Dennoch ist sein Name heute vor allem mit Erschießungen während der Unruhen in Jakarta 1998 durch die *KOPASSUS*-Einheiten verbunden, die er als junger Brigadegeneral befehligte.

DER WAHLKAMPF - STRUKTURIERT UND FREUNDLICH

Nachdem Anfang Juni die Einschreibungsfrist für Kandidaten zur Präsidentschaftswahl abgelaufen, alle drei Kandidatenpaare offiziell nominiert und auch medizinisch auf ihre Tauglichkeit hin untersucht worden waren, begann ein Monat des strukturierten Wahlkampfes. Strukturiert deshalb, weil die Zahl der Kandidaten nur eine begrenzte Anzahl von Plakatmotiven zuließ - im Gegensatz zu den teils chaotischen Plakatsituationen tausender in allen Städten, Dörfern und Überland werbender Kandidaten vor den Parlamentswahlen. Strukturiert auch deshalb, weil die oberste Wahlbehörde KPU exakt festlegte, ab und bis wann Wahlkampf betrieben werden durfte, nämlich vom 2. Juni bis zum 4. Juli. Strukturiert nicht zuletzt deshalb, weil in einer exakt festgelegten Programmabfolge drei Fernsehdiskussionen mit den Präsidentschafts- und zwei TV-Diskussionen mit den Vizepräsidentschaftskandidaten durchgeführt wurden. Im Zentrum einer jeden Talkshow stand jeweils ein Themenschwerpunkt, der jeweils von einem anderen namhaften Wissenschaftler moderiert wurde.

Hier zeigten sich bereits in der ersten Fernsehdebatte zu den Themen „Gute Regierungsführung“ sowie „Menschen- und Bürgerrechte“ die Nachteile einer hoch formalisierten Diskussionsvorbereitung und -durchführung: Es kam schlichtweg keine Spannung auf, die Kandidaten bewegten sich nur mühsam in dem von der Wahlbehörde auferlegten Frage- und Antwortkorsett, die Zuschauer ermüdeten schnell, und ebenso schnell stellte sich heraus, dass

³⁰ Tempo, 1. Juni 2009, S. 14.

die Gemeinsamkeiten der politischen Aussagen aller drei Kandidaten die Unterschiede bei weitem überwogen. Die weiteren Debatten zu den Themen "Wie entwickeln wir nationale Identität?", "Armut und Arbeitslosigkeit", "Verbesserung der Lebensqualität für alle Indonesier" und schließlich "Nationale Einheit, Demokratie und Regionale Autonomie" gestalteten sich dann etwas lebhafter, wozu nicht zuletzt Jusuf Kallas Mutterwitz und seine engagierte Diskussionsweise wesentlich beitrugen.

Zugleich zeigten Umfragen und dann auch das Wahlergebnis, dass die Wähler sich nicht von den TV-Debatten beeinflussen ließen. Interessanterweise wurden den aufwändigen TV-Spots, mit denen die Kandidaten für sich warben, ein vergleichsweise hoher "Vertrauensgrad" entgegengebracht. Offensichtlich trafen die Spots das indonesische Gefühlsleben sehr gut, denn für ausländische Beobachter stellten sich die warmtönigen Heile-Welt-Spots in einer völlig anderen Weise dar. Untersuchungen zeigten auch, dass der traditionelle Einfluss von Vorgesetzten, sozialen Führungsfiguren oder allgemein Senioritäten drastisch schwindet. Die früher übliche Praxis, dass alle Mitarbeiter eines Betriebes oder einer Behörde auch diejenige Partei wählten, die der Chef unterstützte, gehört in den meisten Teilen Indonesiens der Vergangenheit an; ein wichtiger Schritt hin zu einer mündigen Gesellschaft!

Der recht freundliche Umgang der Kandidaten untereinander wurde nur von einigen Ausrutschern getrübt, deren Tonlage allerdings eher die einzelnen Wahlkampfteams zu verantworten hatten. So setzte ein in Medan verbreitetes Pamphlet das Gerücht in Umlauf, Boedionos Frau sei Katholikin, was sofort vom Wahlkampfteam SBY/Budiono heftig dementiert wurde. Bereits 2004 wurde dieses Gerücht über Yudhoyonos Frau Kristiani Herawati (möglicherweise in Zusammenhang mit ihrem Vornamen) verbreitet. Am erstaunlichsten für den ausländischen Beobachter jedoch war der Umstand, dass ein derartiges Gerücht nahezu wie die Verkündigung eines Stigmas behandelt wurde: nichts schlimmer als der Vorwurf, nicht Muslim zu sein! So fand sich auch in den Medien kein Hinweis oder Kommentar, der ein Bedauern über die Reaktion auf das Gerücht zum Ausdruck gebracht hätte. Schließlich ist Indonesien zwar ein Staat mit muslimischer Bevölkerungsmehrheit, aber die Verfassung schreibt den Glauben an einen Gott vor und erkennt sechs Religionen an. Allein schon aus dieser staatstragenden Auffassung heraus hätte man sich von Seiten des SBY-Wahlkampfteams ein "Und selbst wenn! Wo wäre das Problem?" erhofft.

Eine recht undurchsichtige Rolle spielten vor allem gegen Ende der Wahlkampfphase vereinzelte Umfrageinstitute. Zwar verzeichneten alle Institute im Verlauf des Junis den Trend, dass SBYs Beliebtheit zugunsten der beiden anderen Kandidaten sank, doch im Großen und Ganzen sahen ihn nahezu alle Institute als klaren Gewinner im ersten Wahlgang. Das Thema Umfragen nahm allerdings Ende Juni komödiantische Züge an, als es während einer Pressekonferenz des *Indonesian Survey Institute* (LSI) fast zu einer Schlägerei vor laufenden Kameras gekommen wäre. Grund hierfür war die jüngste Umfrage des Instituts, das mit dem Beratungsunternehmen *Fox Indonesia* verbunden ist, welches wiederum den SBY-Wahlkampf mit gestaltete. LSI verortete SBY bei 67, Megawati bei 16 und Kalla bei 9 Prozent. Daraufhin entspann sich ein Disput zwischen Vertretern des Instituts und einem anwesenden Mitglied des Megawati-Teams, der dem Institut konspiratives Verhalten zugunsten "eines bestimmten Kandidaten" vorwarf. Der Disput endete dann im Handgemenge zwischen den Kontrahenten. Einige Tage vorher wiederum veröffentlichte das *Information Research Council* LRI eine Umfrage, wonach SBY gerade mal auf 33 (!), Kalla auf 29,3 und Megawati auf 21 Prozent kamen. Kein Wunder, gehört LRI doch Johan Silalahi, einem politischen Berater des Kalla-Teams. Dies ließ sich die dritte Seite natürlich nicht zweimal sagen: Schon kurz danach überraschte eine Organisation namens *Indonesian Development Monitoring Institute* die Öffentlichkeit mit ganz anderen "seriösen" Zahlen, wonach Megawati die erste Runde mit 44,3 Prozent gegen SBY mit 30,4 und Kalla mit 13,2 für sich entscheiden würde.

An dieser Stelle soll das Thema Wahlkampfmanagement zumindest eine kurze Erwähnung finden. Bei einer näheren Betrachtung der Struktur und der Personen, die hinter den einzelnen Wahlkampfapparaten standen, fällt nämlich die hohe Anzahl an im Ruhestand befindlichen Generälen zwangsläufig ins Auge. Besonders trifft dies auf das SBY-Team zu, in dem sich ein General, zwei Generalleutnants und fünf Generalmajore in Schlüsselpositionen befanden. Megawati erbte von Prabowo immerhin noch einen General, einen Generalleutnant und zwei Generalmajore für ihr Team, wogegen sich Kallas Team auf nur einen General und zwei Generalleutnants stützte. Kein Wunder, dass insbesondere Yudhoyonos neun einzelne Wahlkampfteams mit genau definierten Aufgabenbereichen "generalstabsmäßig" vorgingen.³¹ In jedem Fall kann diese einfache Auflistung als ein interessantes Indiz für die Feststellung gewertet werden, dass sich das Militär noch keineswegs aus dem politischen Geschehen in Indonesien verabschiedet hat.

INHALTE STATT SCHLAMMSCHLACHTEN

Verglichen mit den Parlamentswahlen war der Präsidentschaftswahlkampf - wie bereits erwähnt - deutlich stärker von politischen Inhalten geprägt. Während der TV-Shows haben sich zwar gewissen Auffassungsunterschiede zwischen den einzelnen Kandidaten herauskristallisiert, doch wurden viele Politikfelder von den Kandidaten ähnlich oder sogar übereinstimmend bewertet.

Die klarste Verortung der einzelnen politischen Positionen konnte im Bereich der Wirtschaftspolitik vorgenommen werden. So hatte SBY allein schon durch die Wahl seines Vizekandidaten, der ein hohes Maß an wirtschaftspolitische Kompetenz mit ins Amt bringt und dessen liberale wirtschaftspolitische Gesinnung bekannt ist, eine klare Aussage hinsichtlich einer liberalen, vergleichsweise realitätsbezogenen Wirtschaftspolitik getroffen. SBY und Boediono haben dann auch mehrfach betont, die Rolle des Staates im wirtschaftspolitischen Geschehen auf das notwendige Minimum reduzieren und zugleich die staatliche Bürokratie reformieren zu wollen, um so Investitionen in Indonesien zu erleichtern. Im Gegensatz zu dieser Position vertraten Megawati und Prabowo eine Wirtschaftspolitik zugunsten der armen Bevölkerungsschichten, was mit gewissen protektionistischen Maßnahmen und der gleichzeitigen Reduzierung der Auslandsverschuldung einhergehen sollte. Sie gingen dabei von einem durchschnittlich 10-prozentigen Wirtschaftswachstum in den kommenden 5 Jahren aus - eine sehr optimistische Einschätzung. Kalla wiederum bewegte sich zwischen den beiden Positionen. Er setzte auf ausländische Investitionen, die durch ein sicheres und stabiles Umfeld angezogen werden sollten. In der einheimischen Wirtschaft setzte er auf die Entwicklung des KMU-Sektors und einen stärkeren Verbrauch inländischer Güter.

Im Erziehungswesen sahen alle Kandidaten weiterhin Handlungsbedarf. Allerdings verwies SBY zu Recht darauf, dass er den Erziehungsetat bereits auf 20 Prozent des Gesamthaushalts angehoben hatte und dies nun erst einmal Auswirkung zeitigen müsse. Kalla hielt sogar eine weitere Steigerung auf 25 Prozent für möglich, da er dies als Investition in Indonesiens Zukunft erachtete. Daher sah er einen wichtigen Ansatzpunkt in der Qualitätssteigerung der Lehrkräfte wie auch der Lehrpläne auf allen schulischen Ebenen außerhalb der Insel Java, um so zu einer Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse in ganz Indonesien zu kommen.

³¹ Die neun Teams setzten sich zusammen aus *Echo* (Mobilisierung der Unterstützung auf regionaler Ebene), *Gerakan Pro SBY* (Zusammenschluss ehemaliger Minister, Militärs und weiterer hochrangiger Persönlichkeiten), *Se-koci* (Wirtschaftsmagnaten, Firmenvorstände, Frauenverbände und religiöse Führungsfiguren), *Delta* (Logistik), *Romeo* (Propaganda), *Foxtrot* (Public Relations und Imagebildung), *Barindo* (Mobilisierung der Unterstützung von NRO), *Jaringan Nusantara* (Einsatzplanung der Parteimitglieder) und der Stiftung *Dzikir SBY Nurussalam* (religiöse Aktivitäten). Vgl. hierzu: Jakarta Post, 11. Juni 2009.

Die Außenpolitik hat sich zu einer Domäne der Regierung SBY entwickelt. Verschiedene große UN-Konferenzen sind in den letzten Jahren in Indonesien durchgeführt worden (z.B. die Kyoto-Nachfolgekonferenz auf Bali im Jahr 2008). Zugleich ist Indonesien neun Unterorganisationen der vereinten Nationen beigetreten und hatte einen Sitz im UN-Sicherheitsrat inne. Besonders wichtig für das Selbstverständnis der Indonesier ist die Aufnahme ihres Landes in den Kreis der G20. Doch Jusuf Kalla war dies nicht genug. Er sah wichtige Aufgaben in der Führungsrolle Indonesiens in ASEAN und im internationalen Friedensprozess. Indonesien soll zu einem Stabilitätsanker in Südostasien werden.

Hinsichtlich der Dezentralisierung sahen vor allem SBY und Megawati in der Unterstützung der dörflichen Ebene eine wichtige Herausforderung, wogegen Kalla insbesondere die Provinzebene stärken und diese mit Autonomierechten ausstatten wollte.

Gerade das sensible Thema Religion/Islam bildete eine recht skurrile Ausnahme hinsichtlich des sonst recht sachlichen Umgangs mit Inhalten. Im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit die Nutzung religiöser Symbole im Wahlkampf das Wahlverhalten der Bürger beeinflusst, kam eine interne Umfrage der islamisch-fundamentalistischen Partei PKS zu dem Ergebnis, dass sich die "Wählbarkeit" des Duos Kalla/Wiranto allein schon deshalb erhöht habe, weil die Ehefrauen beider Kandidaten stets mit Kopftuch (*jilbab*) in der Öffentlichkeit auftreten. Diese Feststellung, die gleichzeitige Veröffentlichung eines Buches mit dem Titel "Hingebungsvolle Frauen zukünftiger Führer" (*Istri Shalihah Pasangan Pemimpin Masa Depan*), das auf dem Titel die beiden Kopftuch tragenden Ehefrauen Kallas und Wirantos zeigt, sowie riesige Wahlplakate mit dem gleichen Bild der beiden Gattinnen führten einige Tage zu einer gewissen Hektik im Lager der SBY-Koalition. SBY legte in einer Stellungnahme Wert auf die Aussage, seine Frau und er trennten genau zwischen staatlichen und religiösen Belangen. Seine Frau trage daher nur dann in der Öffentlichkeit den *jilbab*, wenn es sich um eine religiöse Veranstaltung handle. Dennoch zeigten Wahlplakate, die in den folgenden Tagen verbreitet wurden, auch ihn mit seiner Kopftuch tragenden Ehefrau. Nachdem das Thema einige Tage lang die Gemüter entweder erhitzt oder eher belustigt hatte, verschwand es auch wieder aus den Schlagzeilen.

DAS NEUE KABINETT – EIN AUSDRUCK DER KONSENSDEMOKRATIE?

Die beiden interessantesten politischen Fragen in den Wochen vor der offiziellen Amtseinführung des Präsidenten und seines neuen Stellvertreters am 20. Oktober betrafen die Zusammensetzung der Regierungskoalition und die Konstellation des neuen Kabinetts. Insbesondere wurde diskutiert, welche Parteien der Yudhoyono-Koalition mit wie vielen und welchen Ministerien bedacht würden, und welche Partei es noch schaffen würde, Aufnahme in die Regierungskoalition zu finden.

Nachdem die PD und die vier islamischen Parteien PKS, PKB, PAN und PPP den Kern der Koalition mit zusammen genau 45 Prozent (bzw. 317 von 560 Mandaten) gebildet hatten, schaffte im letzten Moment auch die Golkar den Sprung ins Regierungslager. Der Zuschlag für Golkar hing sicherlich eng mit der Wahl des ehemaligen Industrieministers in der ersten Regierung SBYs, Aburizal Bakrie, zum neuen Vorsitzenden von Golkar nur wenige Tage vor der Amtseinführung der neuen Regierung zusammen. Denn in der Golkar wurde durchaus kontrovers darüber diskutiert, ob die Partei sich an der Regierung beteiligen oder ihr inhaltliches Profil als stärkste Oppositionspartei schärfen sollte. Bakrie, bekannt für seine guten Beziehungen zu SBY, versuchte dann auch, die verschiedenen Lager innerhalb Golkar zu beruhigen und hinter sich zu bringen. Zum Ende des Parteitages in Zentralsumatra erklärte er im Rahmen einer Pressekonferenz: „Golkar will not become an opposition. However, our party will

remain critical. If the government's policies do not benefit the people, then we will give our criticism and input."³² ...

Die Koalition kann sich nun auf eine komfortable Mehrheit von knapp 60 Prozent und 423 Parlamentssitzen stützen, was dem javanischen Streben nach dem harmonischen Naturzustand und einer „konsensdemokratischen“ Politikgestaltung durchaus entgegenkommt. Nur drei Parteien bilden nun die Opposition: Megawatis PDI-P und die beiden Newcomer Gerindra und Hanura. Bezeichnenderweise erhielt Golkar auch nur den Zuschlag für drei der insgesamt 34 Ministerposten. Seine eigene *Partai Demokrat* bedachte Präsident Yudhoyono mit sieben Ministern, die vier islamischen Parteien erhielten zusammen elf Ministerien. In die anderen 13 (!) Ministerpositionen wurden parteiunabhängige Experten und Professionals berufen. Damit hat Staatspräsident Yudhoyono ein Kabinett ohne Überraschungen zusammengestellt, das auf Kontinuität und Professionalität setzt.

Der Entscheidung des Präsidenten und seiner engsten Berater (insbesondere seines ehemaligen Staatssekretärs und jetzigen Koordinierenden Ministers für Wirtschaft, Hatta Rajasa, von der moderat-islamischen PAN) über die endgültige Zusammensetzung des Kabinetts ging ein mehrere Tage andauerndes Schaulaufen von etwa 60 Kandidaten voraus, die alle individuelle telefonische Einladungen zu Einzelgesprächen im privaten Wohnsitz des Präsidenten in Cikeas, ca. 25 km außerhalb Jakartas, erhalten hatten. Hierbei soll es zu durchaus skurrilen Situationen gekommen sein, da der Ruf den einen oder die andere Kandidatin anscheinend aus heiterem Himmel und völlig unerwartet erteilte. So soll eine spätere Ministerin verzweifelt nach ihrem Mann gesucht haben, als sich der Präsidialsitz an ihrem Handy meldete, und es schien wohl einige Zeit gedauert zu haben, bis sie endlich davon überzeugt werden konnte, dass die Einladung nicht ihrem Mann galt, sondern an sie selbst gerichtet war.

AUSBLICK

Die Bürger Indonesiens haben gewählt. Sie haben sich für Kontinuität entschieden. Nach den unruhigen ersten Jahren der *reformasi* mit drei Präsidenten in sechs Jahren³³ wird Susilo Bambang Yudhoyono seine Politik der Stabilität durch möglichst wenig Reibungsverluste - die Indonesier nennen dies *politik santun*, "Politik mit Anstand" - fortsetzen und so dem Präsidentenamt auch weiterhin die verdiente Würde und Anerkennung verleihen. Mag diese Aussage zugegebenermaßen provokativ und leicht ironisch klingen, so sind dies doch wichtige Aspekte und allgemein anerkannte Werte in der indonesischen Gesellschaft. Insofern haben die Bürger sich weniger für den Politikstrategen und Entscheider Yudhoyono, sondern für den sorgenden Landesvater SBY entschieden.

Winfried Weck
Landesbeauftragter der KAS für Indonesien und Ost-Timor

Britta Gutschmidt
Trainee im KAS Büro Jakarta

³² Jakarta Post, 9. Oktober 2009

³³ 1998-99 Yusuf Habibie, 1999-2001 Abdurrahman Wahid, 2001-2004 Megawati Sukarnoputri, seit 2004 Susilo Bambang Yudhoyono.

